

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend, Schule & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 204 - Zuwanderung und Integration
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Sebastian Goecke 563 2759 563 8178 sebastian.goecke@stadt.wuppertal.de
	Datum:	28.11.2016
	Drucks.-Nr.:	VO/0981/16 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
14.12.2016	Integrationsrat	Empfehlung/Anhörung
14.12.2016	Hauptausschuss	Empfehlung/Anhörung
19.12.2016	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung
Beteiligung der Stadt Wuppertal am Landesprogramm "NRWeltoffen: Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus"		

Grund der Vorlage

Beteiligung der Stadt Wuppertal am Landesprogramm „NRWeltoffen: Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ vorbehaltlich der Genehmigung des hierzu vom Ressort Zuwanderung und Integration gestellten Antrages durch das Land NRW

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Wuppertal beschließt die Teilnahme am Landesprogramm vorbehaltlich der Genehmigung durch das Land NRW

Unterschrift

Dr. Stefan Kühn

Begründung

Das neue Landesprogramm „NRWeltoffen: Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ eröffnet Optionen, präventive Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, diesen Phänomenen entgegen zu wirken. Dies geschieht in einem Zusammenwirken innerhalb zu entwickelnder integrierter Handlungsstrategien, die durch die öffentlichen Institutionen und zivilgesellschaftliche Akteure getragen werden. Eine Förderung des Projektes setzt den Beschluss des

Stadtrates zur Beteiligung an dem Programm voraus. Die kommunale Interessenbekundung zur Förderung durch das Landesprogramm wurde als förderungswürdig beschieden und zur Stellung eines finalen Antrages aufgerufen.

Das Landesprogramm will Optionen schaffen, kommunale Strukturen fördern und weiter entwickeln, die vor Ort ein bewusstes, präventives und zielgerichtetes Agieren gegen rechtsextreme und rassistische Bestrebungen ermöglichen und ein tolerantes, durch gegenseitige Akzeptanz und Anerkennung geprägtes Handeln fördern. Die Stadt Wuppertal hat eine Interessensbekundung zur Umsetzung dieses Programmes für Wuppertal beim Land eingereicht. Das Antragsvolumen beläuft sich für 2017 auf 84.000 € (70.000 € Fördermittel des Landes, 14.000 € Eigenanteile Stadt Wuppertal). Eine Weiterförderung des Programmes ist bis Ende 2018 möglich.

Eine Grundlage für die Arbeit im Themenfeld ist in Wuppertal bereits durch das 2001 durch den Stadtrat verabschiedete „Aktionsprogramm für Demokratie und Toleranz“ gelegt. Aktuell ist Wuppertal u.a. im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ hier aktiv. Dieses Programm ermöglicht, kommunale Strategien zu entwickeln und umzusetzen, die zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Themenfeld fördern. Es bestehen aus diesem Programm heraus Vernetzungsgremien (die „Demokratiekonferenz“ und der Begleitausschuss), in denen kommunal Strategien abgestimmt und Projekte im Themenfeld initiiert werden.

Das neue Landesprogramm „NRWeltoffen“ lässt zu, diese Strukturen zu nutzen, auch um Parallelstrukturen zu vermeiden, fordert andererseits Maßnahmen und Strategien zu entwickeln, die neue bzw. zusätzliche Handlungsoptionen eröffnen. Im Unterschied zum Bundesprogramm lässt dieses Programm neben einer Weiterleitung von Mitteln an freie Träger auch die Förderungen kommunaler Einrichtungen und Stellen zu.

Geplant ist, mit den beantragten Fördermitteln besonders kommunale Einrichtungen und Abteilungen zu fördern, um ihnen so Optionen zu eröffnen, additive Maßnahmen und Projekte im Themenfeld umzusetzen. Bedarfe bestehen besonders dahin gehend:

- Angebote herzustellen in bisher wenig bedienten Stadtquartieren. Hier besonders Maßnahmen der interkulturellen Begegnung und Auseinandersetzung mit den derzeit gesellschaftlich breit diskutierten Themen wie Zuwanderung, Integration, Rechtspopulismus.
- Angebote zu entwickeln und herzustellen, die sich an bisher wenig erreichte Zielgruppen richten (Erwachsenen- und Senioreneneration, migrantische Communities, quartierbezogenen Nachbarschaften)
- Angebote zur Beteiligung und Auseinandersetzung mit den Themen Demokratie und Wahlen
- Angebote der öffentlichen Sensibilisierung zu den Themen Rassismus / Rechtsextremismus
- Ausbau von Schulungen von Mitarbeiter_innen im Themenfeld

Angedacht ist im nächsten Jahr 3 Ressorts / Verwaltungsabteilungen jeweils bis zu 15.000 € für Einzelprojekte zur Verfügung zu stellen.

Neben der Förderung additiver kommunaler Angebote soll ein Aktionsfond in Höhe von 25.000 € hergestellt werden, der Freien Trägern ermöglicht, finanzielle Mittel zur Umsetzung eigener Maßnahmen beantragen zu können.

Zur Abstimmung einer gemeinsamen kommunalen Strategie und Umsetzung von Maßnahmen im Themenfeld werden die bestehenden Strukturen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“, hier besonders der Begleitausschuss genutzt.

